

# Mit Investitionen Zukunft gestalten - Demokratie erhalten

## Der Zukunftsdialog

DGB Regionalkonferenz – Workshop Investitionen

Henriette Neumann (henriette.neumann@dgb.de)

Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

# INHALT

- Hintergrund – Entwicklung der Investitionen in Deutschland
- Gesamtgesellschaftliche und -wirtschaftliche Bedeutung von Investitionen
- Investitionen sind finanzierbar!
  - Einnahmehasis für einen handlungsfähigen Staat stärken
  - Schuldenbremse aufgeben, mindestens reformieren
- Zukunftsprogramm für Deutschland

# Hintergrund – Entwicklung der Investitionen in Deutschland

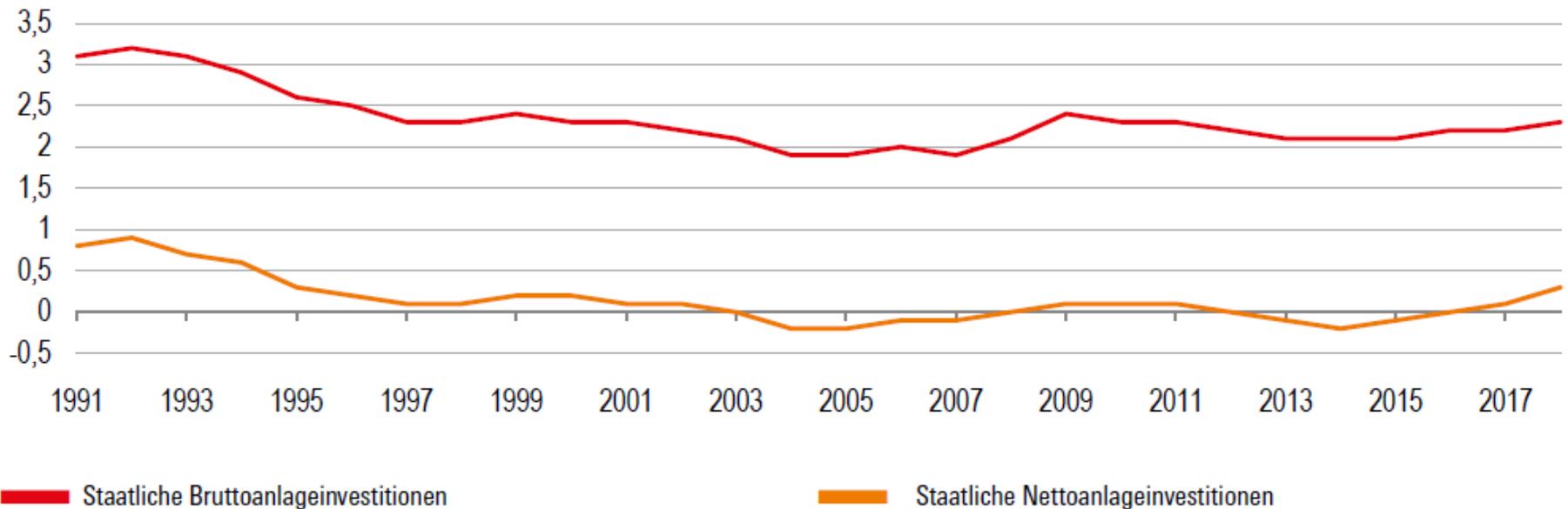
# ÖFFENTLICHER SPARKURS IN DEUTSCHLAND

- Jahrzehntlang wurde von der Substanz der öffentlichen Infrastruktur gezehrt: negative Nettoinvestitionen (s. Grafik)
- Der Staat hat sich in vielen Bereichen zurückgezogen und ist nicht mehr handlungsfähig
- Aber auch notwendige private Investitionen von Unternehmen im Inland sind „trotz Steuergeschenken“ ausgeblieben -> aktuelle Steuersenkungsdebatte absurd

# JAHRZEHNTELANGES KAPUTTSPAREN

## Staatliche Investitionsquoten

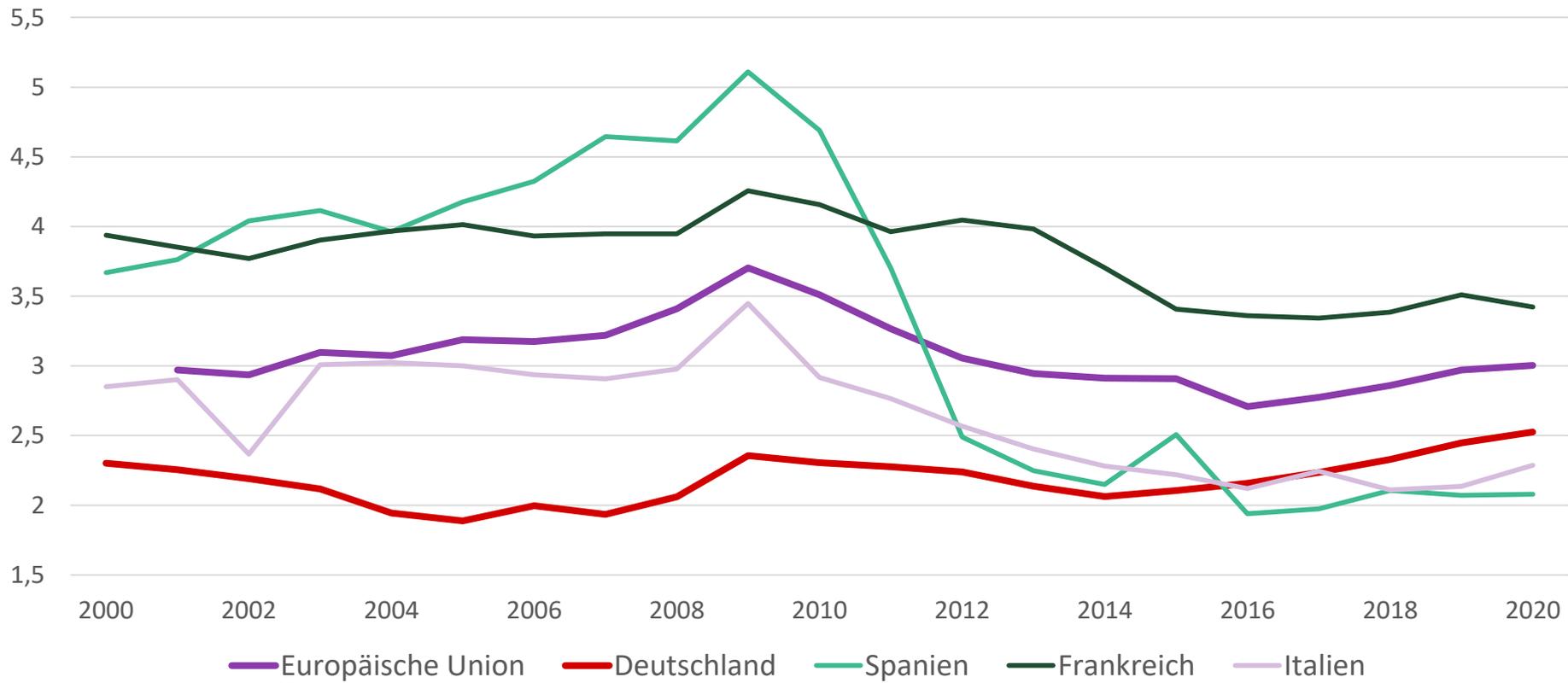
in % des BIP



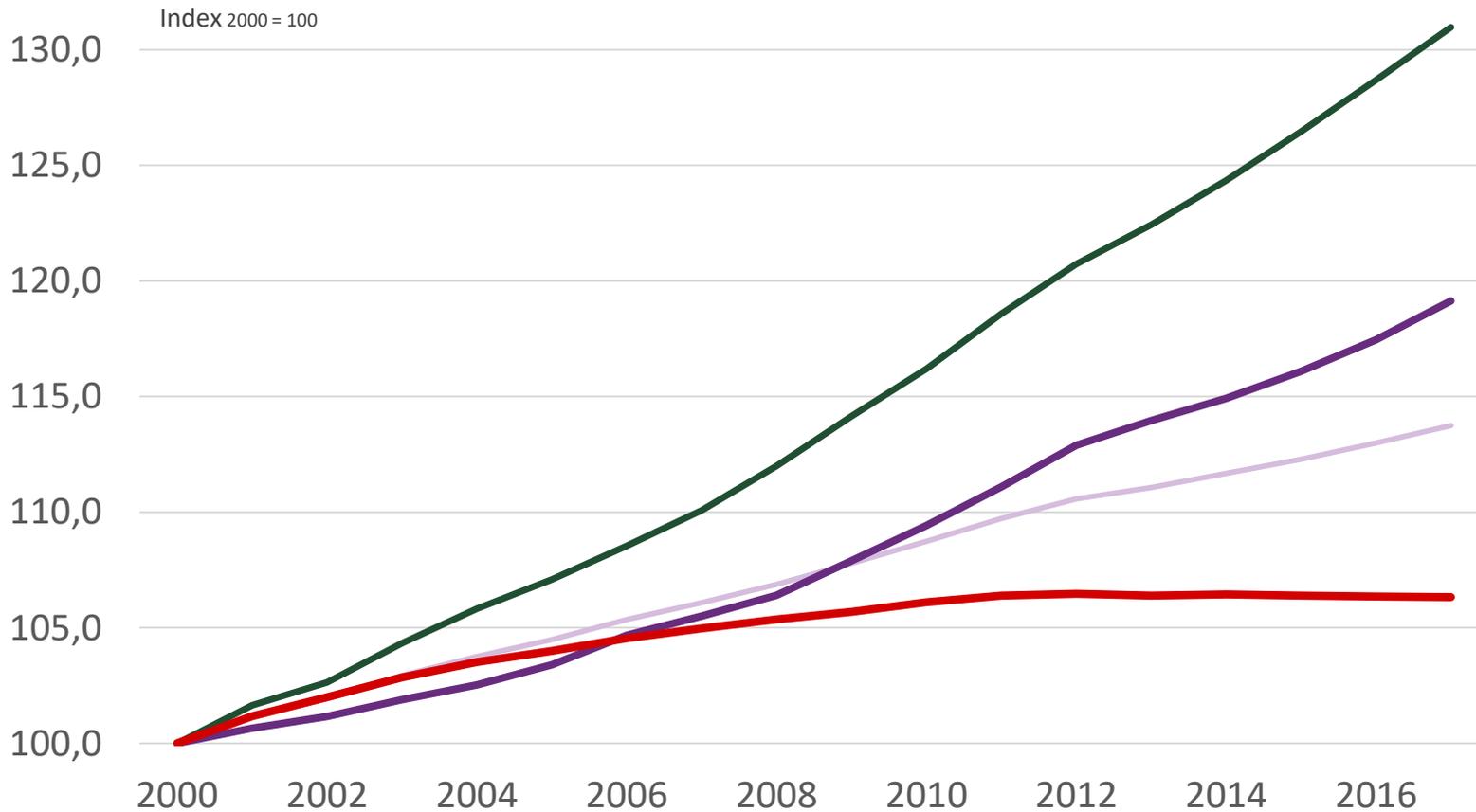
Quelle: Bardt et al. (2019) Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! IMK Report 152

# DEUTSCHLAND IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Öffentliche Bruttoanlageinvestitionen (Bauten, Ausrüstungen, FuE... )  
zur Wirtschaftsleistung (BIP) in Prozent



# Staatliches Vermögen - Bauten, Ausrüstung, FuE... - nach Ebene



Quelle: Destatis (2018); eigene Berechnungen

Anmerkungen: Anteil am Kapitalstock: **Kommunen ca. 55%**, **Länder ca. 18%**, **Bund ca. 25%**, Sozialversicherungen ca. 2% (hier nicht aufgenommen)

- Staat
- Bund
- Länder
- Gemeinden

# Gesamtgesellschaftliche und -wirtschaftliche Bedeutung von Investitionen

# INVESTITIONEN FÜR DEMOKRATIE UND STABILITÄT

Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen und soziale Gestaltung des Wandels → ur-demokratische Frage

---

- Stabilisierende Aufgabe/Wirkung öffentlicher Investitionen (und anderer Ausgaben) auf **Binnennachfrage**
- Positive Effekte auf **Produktivität**, Wettbewerbsfähigkeit und langfristige nachhaltige Wachstumsmöglichkeiten (Potential-BIP)

# DEUTSCHE FISKALPOLITIK UND DIE EU

- Investitionen unabdingbar zur Erreichung der **Klimaziele**
  - Europäischer Green Deal** als neue Wachstumsstrategie



Mehrjähriger Finanzrahmen der EU 2021-27



**Just Transition Mechanism**  
**InvestEU**

**EU Struktur- und Sozialfonds**  
**(EFRE, ESF+)**



Just Transition Fund

- Regionalplanung im System der Raumplanung (europ. Raumentwicklungskonzept)
- Europäisches Semester: Wirtschaft- und sozialpolitische Koordinierung der EU
  - Fiskalpolitik, Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR)
- Deutsche Fiskalpolitik zur Stabilisierung der Eurozone (und EU):  
Leistungsbilanzungleichgewichte, Binnennachfrage, Geldpolitik -> Niedrigzinsen

# Investitionen sind finanzierbar!

# DGB-FORDERUNG: STÄRKERE EINNAHMEBASIS FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

- Notwendigkeit staatliche Handlungsfähigkeit über **höhere Einnahmen** aus **Steuern** zu stärken
- Öffentliche Investitionen und Personalausgaben finanzieren sich maßgeblich selbst:
  - höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen, Erhöhung des staatlichen Vermögens und Produktivität, somit Beschäftigung und Wachstum -> Steuereinnahmen
- **DGB-Steuerkonzept:** Mehreinnahmen von ca. **74 Milliarden Euro**
  - Entlastet 95 Prozent der Haushalte
  - Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Gemeindewirtschaftssteuer, Solidaritätszuschlag, Finanztransaktionssteuer

# DGB-FORDERUNG: SCHULDENBREMSE ABSCHAFFEN, MINDESTENS REFORMIEREN!

- Steuermehreinnahmen und Umschichtungen im Bundeshaushalt reichen nicht aus, um Bedarfe zu finanzieren
- Die „**Schwarze Null**“ muss kippen und **Schuldenbremse** mind. reformiert werden: um „goldene Investitionsregel“ und mit besserer Berechnungsmethode
- Der Staat ist keine Schwäbische Hausfrau!
- Fokus auf die Schulden zur Wirtschaftsleistung -> ABER  
Schuldenstandsquote: EU-Vorgabe 60 Prozent des BIP ist willkürlich UND:
- Für den Bund gem. BIP von 2019 – 0,35 Prozent strukturelle Neuverschuldung bei konjunktureller Normallage: **12 Milliarden Euro**, tatsächlich nur **5 Milliarden Euro** aufgrund falscher Berechnungsmethode in der Schuldenbremse!

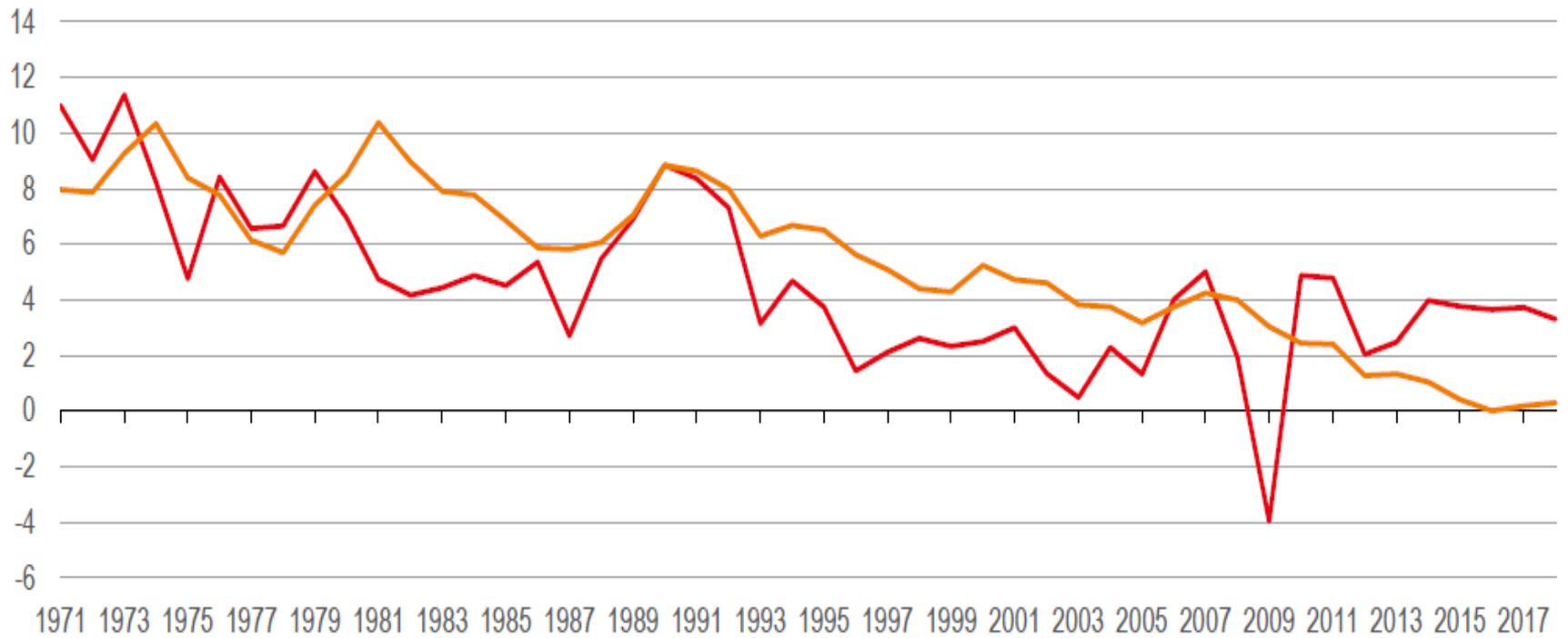
# SCHULDENBREMSE ABSCHAFFEN! III

- Möglich wären bei investitionsfreundlicher Reform: **ca. 64 Milliarden Euro**
- Nominales Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent wie der Durchschnitt von 30 Jahren und anstatt 0,35 Prozent 1,5 Prozent abzugsfähige Investitionen
- Schuldenstandsquote würde nicht über 60 Prozent steigen
- Gerade angesichts niedriger Zinsen: Der Staat muss nicht einmal die volle Summe zurückzahlen



# Langfristiger Zins und nominales BIP-Wachstum

in %

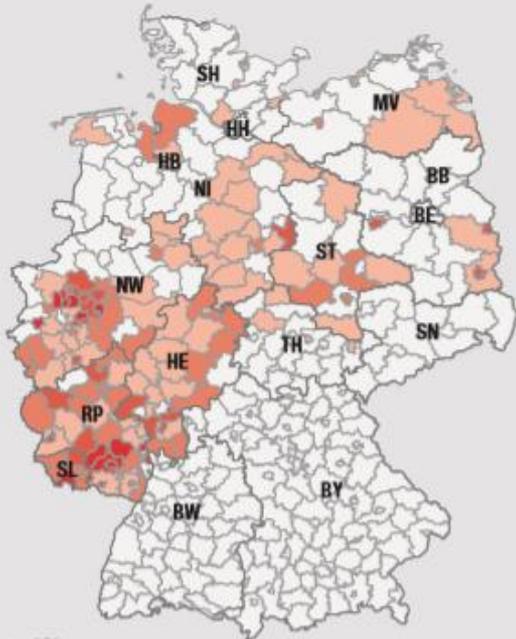


█ Wachstum nominales BIP

█ Umlaufrendite Bundeswertpapiere

Quelle: Bardt et al. (2019) Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! IMK Report 152

### Kassenkredite in Euro je Einwohner



- ☐ bis unter 250
- ☐ 250 bis 1.000
- ☐ 1.000 bis 2.000
- ☐ 2.000 bis 3.000
- ☐ 3.000 und mehr

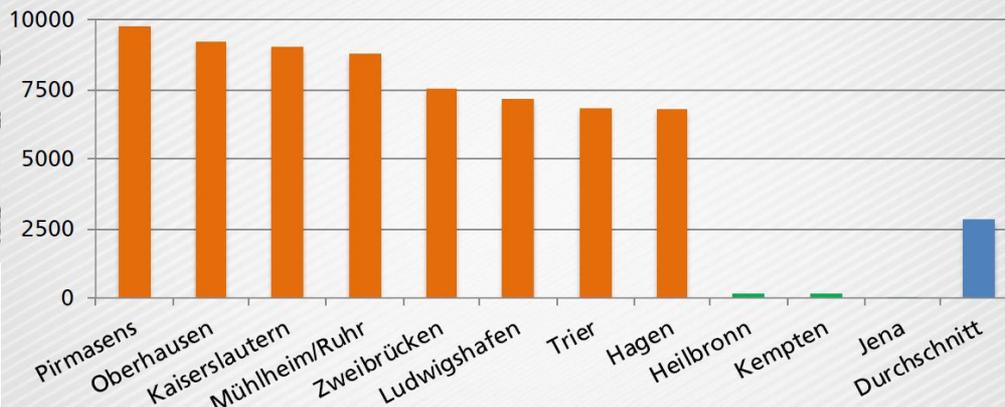
Raumbezug: Kreise und kreisfreie Städte  
 Zeitbezug: 2015  
 Datengrundlage: Statistik über den öffentlichen Sektor des Bundes und der Länder

Eigene Zusammenstellung aufgrund folgender Datenquelle: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. © 2018 Bundesamt für Raumwesen und Raumordnung, Bonn. © GeoInfo-DE / BKG 2018. Erstellt mit QGIS 2.18.



### Kommunale Verschuldung

Kreisfreie Städte mit der höchsten und niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung 2017; ohne Hessen, Saarland und Stadtstaaten\*



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnung. Ohne Verschuldung kommunaler Unternehmen. Stichtag 31.12.2017.

\* Das Land Hessen hat seine Kommunen 2018 umfangreich von Schulden entlastet. Das Saarland hat keine kreisfreien Städte.

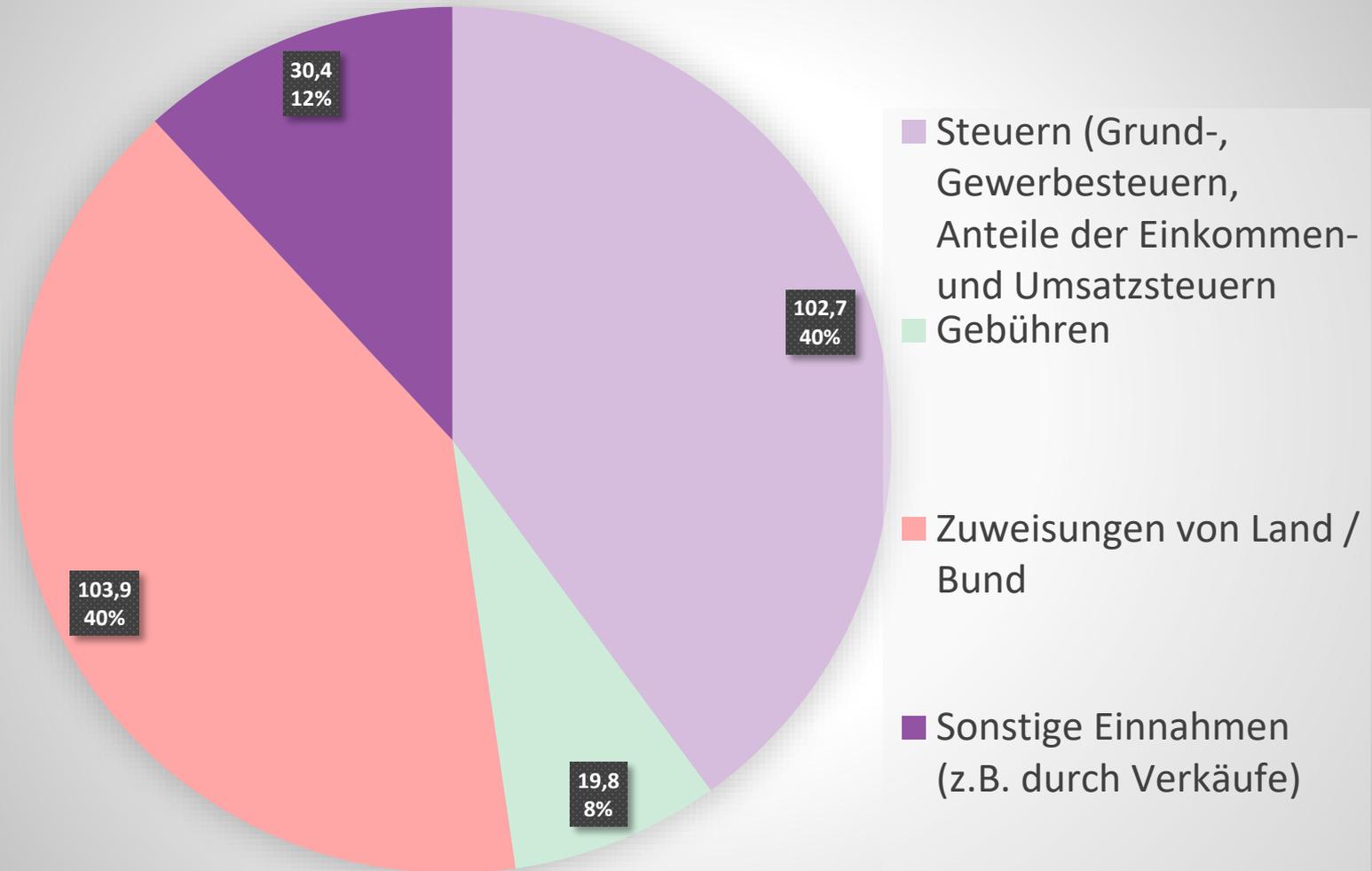
# KOMMUNEN BRAUCHEN FREIE SPITZEN

- Kommunen tragen große Verantwortung angesichts ihrer Zuständigkeiten in zentralen Bereich der Daseinsvorsorge und die bevorstehenden Zukunftsaufgaben stellen sie vor besondere Herausforderungen
- Laut KfW Kommunalpanel 2019 konnten 21 Prozent aller Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr ihren Haushalt nicht ausgleichen, darunter auffallend viele Großstädte
- Als kurzfristiger Liquiditätspuffer gedacht: Kassenkredite haben seit dem Jahr 2000 stark zugenommen . Zusammen mit Wertpapiergeschäften zur Liquiditätssicherung haben die Kassenkredite Ende 2018 einen Umfang von **37,5 Milliarden** Euro erreicht.

# FREIE SPITZEN FÜR KOMMUNEN

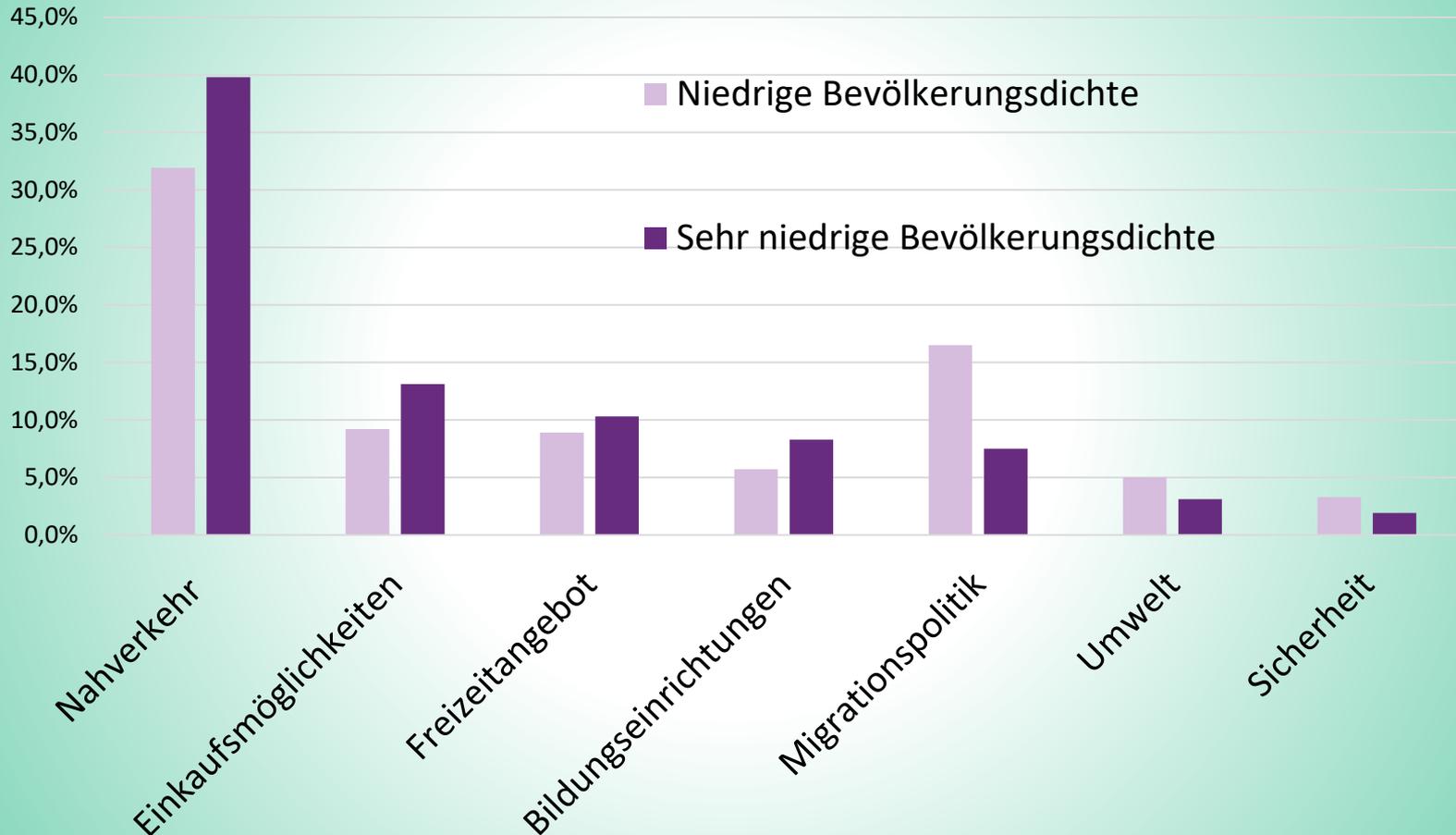
- Aktueller Vorstoß Finanzminister Scholz: Schuldenbremse einmalig aussetzen
- DGB Forderung: langfristige Sicherheit für Kommunen! bundesweiter **Altschuldentilgungsfonds** zur Entlastung hochverschuldeter Kommunen mit Teilungsverhältnis bei der Tilgung von: 50 (Bund): 25 (Land): 25 (Kommune) Prozent
- Im zweiten Schritt muss die **Einnahmehasis** der **Kommunen** gestärkt werden

## Woher bekommen Gemeinden ihr Geld? (2019, in Mrd. Euro)



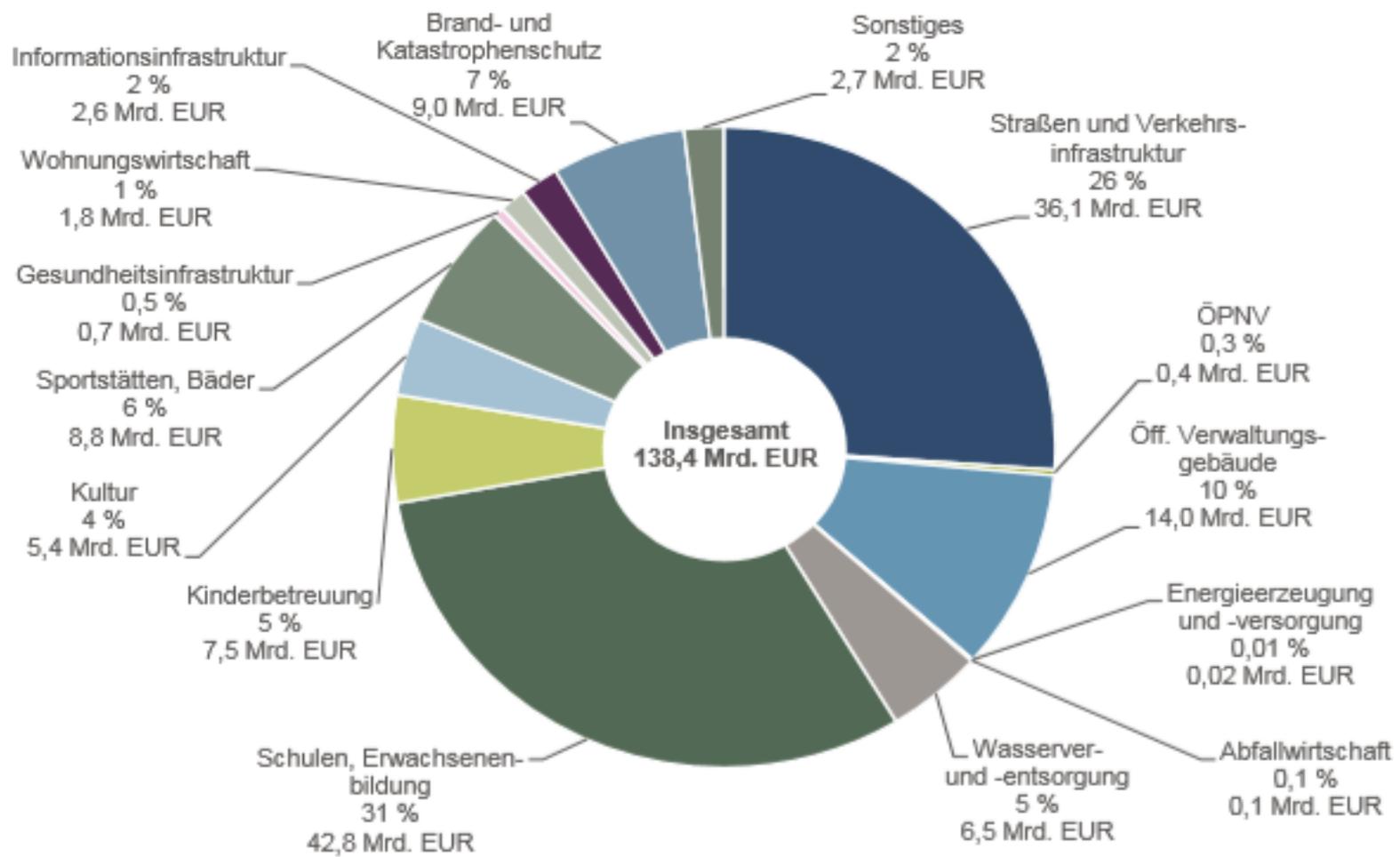
# Zukunftsprogramm für Deutschland – Gewerkschaftliche Investitionsbedarfe im Überblick

## Was nach Ansicht der BürgerInnen im jeweiligen Wohnort am schlechtesten läuft\*



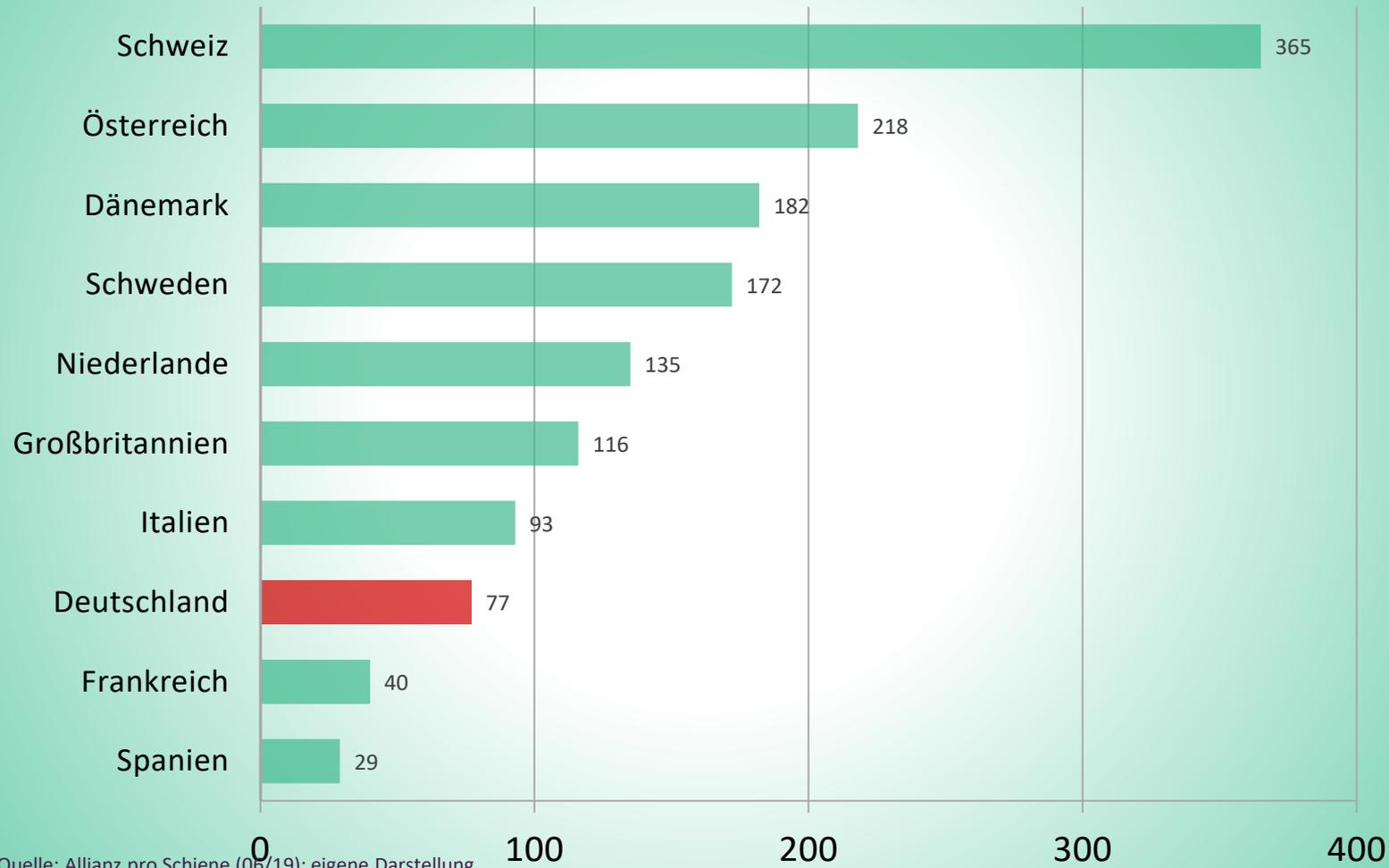
Quelle: [www.progressives-zentrum.de](http://www.progressives-zentrum.de); eigene Darstellung; \*Einmalnennungen

**Grafik 6: Wahrgenommener Investitionsrückstand in den Kommunen 2018**



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2019, durchgeführt vom Difu von September bis Oktober 2018

## Pro-Kopf-Investitionen des Staates in die Schieneninfrastruktur (in Euro, Jahr 2018)



Quelle: Allianz pro Schiene (06/19); eigene Darstellung

# INVESTITIONSBEDARFE GIBT ES IN VIELEN BEREICHEN

- **DGB: Ganzheitlicher Ansatz:** Investitionen, aktive Industrie-, DL- und Strukturpolitik, Beschäftigungspolitik
- Ein gemeinsames Papier des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigt:  
**mind. 45 Milliarden Euro pro Jahr** für die nächsten **zehn Jahre**
  - DGB -> kann nur Mindestmaß und Orientierung sein

# GEWERKSCHAFTLICHE BEDARFE...

- ... gehen über Infrastruktur und Bildung hinaus:
- Gesundheitswesen, Altenpflege, Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen etc.
- Zusätzlich braucht es für den sozial-ökologischen Umbau staatliche Unterstützung für Unternehmen: „Transformationsfonds“, um noch nicht marktreife, aber zukunftsweisende Technologien anzuschieben: Wasserstoff-Technologien, CO<sub>2</sub>-Abtrennung bei Industrieprozessen, Batteriezellfertigung etc.

Debatte auf der Dialogplattform



**Jeder muss seinen Beitrag leisten.**



**Nahverkehr kostenfrei**



**Sinnvoller Umgang mit Ressourcen**

**Sozial Schwache dürfen nicht auf der Strecke bleiben!**



**Klimawende müssen WIR mitgestalten**



**Konsumverhalten der Gesellschaft**



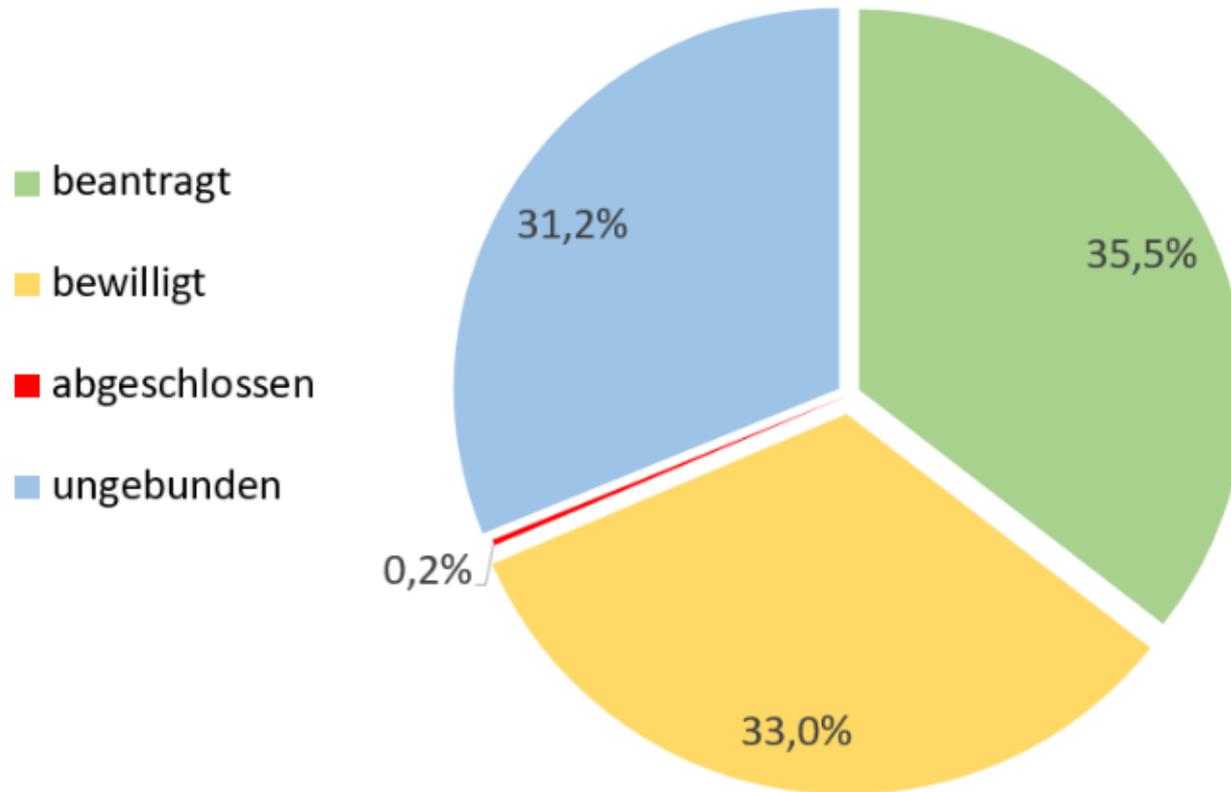
**Es gibt keinen zweiten Planeten Erde**



# BUNDESPOLITISCHE DEBATTE: BESSERE UMSETZUNG VON INVESTITIONSPROJEKTEN

- „Es gibt genug Investitionsmittel, die fließen nur nicht ab.“
- Dass Mittel nicht abfließen, ist kein Zeichen für geringen Bedarf. Gelder gelten erst als „abgeflossen“, wenn die Leistungen in Rechnung gestellt wurden – oft zum Ende eines Investitionsprojekts.
- Daher Blick auf beantragte Mittel: Ein Großteil der vorhandenen Mittel ist bereits verplant, die Projekte laufen.
- Bsp. Bundesfonds zur Unterstützung von Schulsanierungs- und allgemeine Infrastrukturinvestitionen mit jeweils 3,5 Milliarden Euro: 70 Prozent für Schulsanierung und 96 Prozent für Infrastruktur verplant

# MITTEL DES SCHULSANIERUNGSPROGRAMMS IM BUNDESFONDS FÜR KOMMUNALINVESTITIONEN 3,5 MRD. EURO



Ein Bundesfonds soll Schulsanierungen und allgemeine Infrastrukturinvestitionen mit jeweils 3,5 Milliarden Euro unterstützen. Für fast 70 Prozent der Fondsmittel existieren schon Investitionsprojekte.

Quelle: Bundesfinanzministerium, eigene Darstellung

# BESSERE UMSETZUNG VON INVESTITIONSPROJEKTEN II

- Eine bessere Umsetzung von Investitionsprojekten braucht gute Personalausstattung in Behörden, Planungsbüros, Handwerk etc.
- Betroffene Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig eingebunden werden
- Bestimmte Förder- und Genehmigungsverfahren können vereinfacht werden
- Raumordnung, Kooperation und Koordination